

Richard Meng

Ist Moral in der Außenpolitik eine Illusion?

Brutale Blamage für die EU in der Flüchtlingsfrage

Je mehr Menschen im Mittelmeer elendig ertrinken, desto größer wird der Druck, endlich zu einer europäischen Flüchtlingspolitik zu kommen. Ein zynischer Zusammenhang? Sicher. Aber ein reales Akzeptanzproblem ist aufgetaucht. Die Strategie des Ignorierens, die ja ihrerseits Ausdruck purer Ratlosigkeit und mancherlei Kirchturmpolitik war, ist am Ende. Wohin das führt, weiß noch niemand. Wohin es führen sollte: endlich zu mehr Bewusstsein für die internationalen Themen.

Die Europäische Union hatte Italien mangels eines eigenen inneren Konsenses sehr bewusst mit dem Problem alleingelassen. Das war zwar eine tödliche Logik, aber aus der Ego-Sicht in der einen oder anderen EU-Hauptstadt effektiv. Das klappte so lange, bis man nicht mehr wegschauen konnte – ein Verlauf, der nicht ganz neu ist. Und erst jetzt tauchten in den Medien Statistiken auf, die deutlich zeigen, welche EU-Länder sich in Sachen Flüchtlingsaufnahme ungebremst ignorant verhalten.

Das hatte man bis dahin lieber nicht so gerne an die große Glocke gehängt. Vergleichsdaten provozieren Retourkutschen und Gegenforderungen. Dass zum Beispiel Polen, Spanien, Großbritannien oder halb Osteuropa bei der Flüchtlingsaufnahme nicht entfernt solidarisch mitmachen, ist unter Fachleuten schon lange bekannt. Lautes öffentliches Geschrei (zumal aus Deutschland), dessen waren sich die Diplomaten bis dahin sicher gewesen, macht eine Lösung aber nicht leichter. Die Probe aufs Exempel muss man leider als gelungen betrachten: Das Konsenssein, das die EU bislang zustande brachte, ist mickrig im Vergleich zur Herausforderung.

So entsteht sie also immer wieder, die chronische Verquastheit und Leisetreterei

in vielen außenpolitischen Angelegenheiten. Wahrlich nicht aus Dummheit oder Schwäche, eher sogar klug gemeint oder zumindest aus der Sicht des Apparates vernünftig. Die Welt der diplomatischen Beziehungen ist so, weltweit. Es werden Interessen definiert und es wird entsprechend abwägend agiert. Gegenüber Russland, China oder Israel, gegenüber den USA einschließlich ihrer Geheimdienste sowieso. Klartext ist nahezu ausgeschlossen.

Aber wer definiert die Interessen, warum und wie? Da beginnt es problematischer zu werden als in den Zeiten klarer Freund-Feind-Schemata. Ist die Orientierung an kalkuliert abgewogenen Interessen überhaupt noch akzeptabel, wenn es um Menschenleben geht? Und was ist, wenn das Interesse eigentlich darin besteht, in einen Konflikt nicht hineingezogen zu werden – und die Demoskopen auch noch feststellen, dass eine Bevölkerungsmehrheit dieses Interesse stützt, bei aller humanitären Betroffenheit: Was dann?

Diese Fragen sind nicht ganz neu. Aber es sind Fragen, die im Zusammenhang mit den Flüchtlingsdramen im Mittelmeer plötzlich, bis in kleine Kirchengemeinden hinein, die Menschen umgetrieben haben. Wir sollten das als Chance verstehen und nicht als zusätzliche Bedrohung, von innen sozusagen.

Immer häufiger kommt in diesen kriegsgerisch und zugleich unübersichtlich gewordenen Zeiten in der Diplomatie am Ende eine professionelle Haltung (oder besser: Haltungsvermeidung) zum Vorschein, die in der Öffentlichkeit – falls diese den Scheinwerfer schlaglichtartig mal kurz auf das Thema richtet – mit blankem Unverständnis und moralischer Entrüstung quittiert wird. Wie kann man nur, Men-

schenrechte nicht ansprechen, Flüchtlinge nicht retten, Völkermord nicht beim Namen nennen, Griechenland nicht für den Naziterror entschädigen, Waffen nach Nahost liefern, den US-Diensten Daten liefern?

Der Befund ist: Da entwickelt sich etwas auseinander. Der eine oder andere Profi-Diplomat wird sagen: Realistische

Der verstörend geringe Einfluss von Werten

Interessenspolitik ist immer öfter nicht mehr kommunizierbar, weshalb man es besser auch gar nicht erst versucht.

Eine irritierte Öffentlichkeit fragt sich genau anders herum: Wie kann es passieren, dass innenpolitische Werte-haltungen auf die operativen Staatsgeschäfte so verstörend wenig Einfluss haben, zumal unterhalb der medial wahrgenommenen Symbolebene der Staatsbesuche und Gipfeltreffen?

Nichts an diesem Thema ist einfach. Anhand der internationalen Flüchtlingswellen ist das Dilemma mit Händen zu greifen. Was hilft es, künftig Boote zu zerstören, notfalls auch direkt an der libyschen Küste? Es vermeidet vielleicht den Tod durch Ertrinken und verlagert das Problem doch nur einige Kilometer weiter nach Süden. Wie viel ist das realpolitisch und/oder moralisch betrachtet wert? Was wird aus den Hunderttausenden junger, tatkräftiger Menschen, die sich in Afrika schon nach Norden aufgemacht haben und an denen libysche Schleuser dann nichts mehr verdienen können? Was ist die kleinere und was die größere humanitäre Katastrophe?

Unglaublich wichtig für das, was an realem außenpolitischen Handeln herauskommt, ist längst die Verfügbarkeit von Fernsehbildern oder Internetvideos. Die modernen liberalen Gesellschaften Europas erweisen sich via Bildsprache, Emotion und Moralkeule als beeinflussbar. Natürlich nutzen das Menschen mit Migrationsziel für sich – nach dem Prinzip: Was bleibt euch übrig, als uns aufzunehmen? Und was, wenn sich Banden aller Art

bis hin zum IS den Effekt in Zukunft noch systematischer zunutze machen? Nicht zuletzt der Wettlauf um die Beeinflussung der großen Bildmedien entscheidet, welche Wahrnehmung sich durchsetzt. Und wie demokratische Außenpolitik, weil sie innenpolitische Legitimationsprobleme nicht dauerhaft riskieren kann, am Ende abwägt.

Es gibt einfache Wahrheiten. Etwa, dass die Flüchtlingsfrage nur an der Wurzel lösbar ist. Armut und Gewalt müssen in den Heimatländern bekämpft werden: Es ist überhaupt kein Problem, dazu in dieser Abstraktheit eine UN-Resolution zu verabschieden. Es ist aber ein sehr großes Problem, jenseits von Deklarationen dabei auch nur irgendwie voranzukommen. Eher das Gegenteil ist der Fall, deshalb gibt es ja die Flüchtlingswellen. Da sollte sich niemand von der positiven Bilderbotschaft aus gut gemeinten Einzelprojekten täuschen lassen.

Und nun? Der abendländische Moralreflex ist: Dann müssen wir sie eben aufnehmen. Das sollte – hoffentlich – zwar Praxis sein, demnächst möglichst überall in Europa. Aber als Strategie gegenüber dem Rest der Welt reicht das nicht aus. Nothilfe allein ist keine verantwortliche Zukunftsstrategie. Migration der (häufig) cleversten Jungen aus ihren Heimatgesellschaften hilft dort überhaupt nicht. Und so etwas wie einen Plan auf europäischer Seite gibt es bisher nirgends.

Zeit also, auch grundsätzlicher über Außenpolitik nachzudenken. Denn spürbar wird auch, wie die diplomatischen Apparate sich gegenüber den Gesellschaften verselbstständigen. Wie auf internationaler Ebene in all den Kontaktgruppen, Foren und Gremien Wirtschaftsinteressen und Machtlogiken gefolgt wird, in denen Bevölkerungen mit eigenständiger Willensbildung kaum vorkommen – und wenn, dann erst im Nachhinein. Der TTIP-Prozess ist ein eklatantes Beispiel dafür und es gibt unzählige andere. Natürlich gibt es Rücksichtnahmen beim Thema A aufgrund von Gegenleistungen beim Thema

B. Die internationale Politik beruht geradezu darauf. Das aber öffentlich aussprechen? Diplomaten würden sagen: Dann geht gar nichts mehr.

Dabei wird nicht etwa in böser Absicht ein Interesse verheimlicht – im Gegenteil und viel einfacher: Das Interesse liegt offen zutage. Aber die Tagesemotion in unseren Öffentlichkeiten funktioniert nicht so, dass themenübergreifend der Zusammenhang hergestellt wird. Die Spezialisten verhandeln und verhandeln. Irgendwann staunt das Publikum – und reagiert mit eigenen Prioritäten, Forderungen, Klischees oder auch Ängsten: engagiert, einseitig, oft radikal.

Zwischen Asylrechtsexperten, die auf EU-Ebene mühsam versuchen, unterschiedliche Rechtssysteme und Betroffenheitsstufen miteinander in Einklang zu bringen, und engagierten Flüchtlingshelfern liegen Welten. Denkwelten, Wahrnehmungswelten, Zuständigkeitswelten. Was die einen als naiv empfinden, ist den anderen selbstverständliche moralische Verpflichtung. Was die anderen als unmenschlich-technokratisch erleben, ist den einen hartnäckige Detailarbeit.

Diese Kluft ist nicht prinzipiell zu überbrücken. Sie ist in gewissem Umfang sogar notwendig in offenen, demokratischen Verhältnissen. Aber sie ist zu groß geworden, das zeigt sich jetzt. Außenpolitik steht mehr denn je in der Verpflichtung, sich nach innen zu erklären – und Impulse aus dem Inneren der Gesellschaften früher abzufragen und aufzugreifen. Darauf ist sie nicht wirklich vorbereitet. Und dann kommt es zu so einschneidenden Erfahrungen wie in der Flüchtlingspolitik, wo Europa sich sowohl administrativ als auch moralisch bis auf die Knochen blamiert. Vor sich selbst und der Welt.

Manchmal hilft es ja, sich ein Dilemma bewusster zu machen. Oft mangelt es in der weitverzweigten interessenfixierten Außenpolitik an Sensibilität für die Gefühle derer, die von außen draufschauen,

während innerhalb der Gesellschaften – vor allem über viele Medien vermittelt – die Kurzzeit-Aufmerksamkeit fürs Internationale zu moralisierend daherkommt. Dann muss man sich mit diffizilen Abwägungen erst gar nicht beschäftigen. Heute für Flüchtlingsaufnahme, morgen gegen Waffenlieferungen, übermorgen gegen G7-Treffen und Absprachen mit autoritären Regenten überhaupt: Diese Art von Moralkeule wirkt beruhigend für diejenigen, die sie schwingen. Aber sonst?

Deutschland ist schon aus historischen Gründen ein Land, das sich mit seinen internationalen Rollen und Interessen nicht gerne auseinandersetzt. Da haben einige Nachbarn andere, historisch zwiespältige, aber im Ergebnis weltzugewandtere Traditionen. Insofern sollte es auch darum gehen, die starke Fixierung der deutschen Öffentlichkeit auf eine rein innenpolitische Wahrnehmung zu erweitern und sehr viel kontinuierlicher die europäische oder auch die weltpolitische Dimension einzelner Themen aufzugreifen.

Geostrategische Interessen? Für deutsche Verhältnisse ist das geradezu ein Teufelswort. Dennoch gibt es sie, siehe Energie- und Rohstoffbedarf, aber eigentlich auch beim Klimaschutz oder bei der Abrüstung. Sie dürfen nicht unabhängig von politischen Werten gesehen werden, unabhängig von EU-europäischer Solidarität schon gar nicht. Wenn man aber akzeptiert, dass es sie gibt, dann darf das nicht das Ende von Moral in der Außenpolitik sein.

Wer akzeptiert, dass eine außenpolitische Strategie angesichts all der Flüchtlingswellen ohne die Übernahme von Verantwortung außerhalb der Landesgrenzen nicht vorstellbar ist, kann kein striktes Prinzip der Nichteinmischung mehr propagieren. Ja, Europa muss sich einmischen. Aber wer diesen Satz sagt, kann vor den Konsequenzen nicht mehr flüchten. Konsequenzen materieller Art, aber auch Konsequenzen in der kulturellen Offenheit

*Beruhigende
Moralkeule*

und bei der sicherheitspolitischen Begleitung.

Nicht zuletzt: Die Hunderttausende, die es jedes Jahr übers Mittelmeer schaffen, bringen auch eine Botschaft nach Europa mit, sie verkörpern diese Botschaft: Das

Leid und die Armut dieser Welt sind zum überwiegenden Teil immer noch weit weg von uns, aber sie sind nicht mehr von unserer Lebenswelt abzutrennen. So sehr wir das, wenn wir ehrlich sind, in unserem eigenen Alltag auch versuchen.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de

Joachim Fritz-Vannahme

Sieg mit Schlagseite

Die unfreiwillige Europäisierung des David Cameron

Der Triumphator war das kleinste Übel. Auf diese Formel lässt sich der überraschende Wahlsieg von Premierminister David Cameron bei den britischen Wahlen zum Unterhaus bringen. An den Urnen entschieden sich die Briten gegen den ungeliebten Labour-Chef Ed Miliband, gegen den Anti-Europäer Nigel Farage, gegen den proeuropäischen Liberalen Nick Clegg – und für die populäre Nicola Sturgeon als Spitzenkandidatin der Scottish National Party (SNP).

Tatsächlich? Camerons Konservative gewannen zwar die absolute Sitzmehrheit und 28 Abgeordnete hinzu, sie legten bei den abgegebenen Stimmen aber nur schlanke 0,8 % gegenüber 2010 zu. Labour gewann 1,5 %, Farages UKIP lag mit ihren 12,7 % gar 9,6 % über ihrem vormaligen Ergebnis – und holten doch nur ein einziges Mandat in Westminster. Den schottischen Nationalisten hingegen, die es nur auf 4,7 % im ganzen Vereinigten Königreich brachten, genügte der Sonderstatus für Schottland, um von den 59 garantierten gleich 56 Sitze im House of Commons zu erobern, zumeist von Labour.

Beim Triumph des Premierministers halfen also das Mehrheitswahlrecht und der Status von Schottland gehörig mit. Dieser Überraschungssieg verdeckt zudem einen tiefgreifenden Wandel: Anfang der 50er Jahre vereinten die beiden großen Parteien noch 97 % der Wählerstimmen – heute sind es nur noch zwei Drittel. Damals gab es im Unterhaus nur zwei Abgeordnete, die keiner dieser beiden Parteien angehörten, heute sind es 88. Zwei Drittel der Stimmen genügen im derzeitigen System noch immer für fast 85 % der 650 Sitze. UKIP, Liberale und die SNP zusammen teilen sich ein gutes Viertel der Stimmen – und finden doch auf den Oppositionsbänken nur wenige Plätze.

»First past the post«, lautet die goldene Regel des britischen Mehrheitswahlrechts seit dem Viktorianischen Zeitalter. Dem Sieger gehört alles: Diese Regel sicherte der stärksten Partei, hieß sie nun Labour oder Tories, eine klare Mehrheit und brachte kleine Parteien um ihre Chancen mitzuregieren. Rund 130 Jahre lang erwies sich dieses System als stabil, unfair und effizient. Damit ist es vorbei. Und doch auch wieder